



Herr Bernd Rubelt

Beigeordneter  
Geschäftsbereich 4

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Marcel Piest  
Herr Arndt Sändig

SPD  
DIE aNDERE

entschuldigt  
entschuldigt

**zusätzliches Mitglied**

Frau Dr. Sylke Kaduk

AfD

nicht teilgenommen

**sachkundige Einwohner**

Frau Elke Lentz  
Herr Stefan Matz

SPD  
DIE LINKE

entschuldigt  
entschuldigt

**Schriftführer/in:**

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung und Bauen

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2018 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee",  
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher  
Universitätscampus Griebnitzsee" 19/17  
Vorlage: 18/SVV/0008  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)
- 3.2 Haushaltssatzung 2018/ 2019  
(Wiedervorlage/ 2. Lesung)
- 3.2.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre  
2018/2019  
Vorlage: 17/SVV/0951  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung  
(2. Lesung)

- 3.2.2      Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018  
Vorlage: 17/SVV/0952  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service  
(2. Lesung)
- 3.2.3      Zukunftsprogramm 2022  
Vorlage: 17/SVV/0953  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation  
(2. Lesung)
- 3.3         Flächennutzungsplan-Änderung "Sportplatz Lerchensteig" (13/16), Abwägung  
und Feststellungsbeschluss  
Vorlage: 17/SVV/0973  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff), B/Sp.
- 3.4         Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof  
Vorlage: 17/SVV/0979  
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke  
SBV, FA, HA
- 3.5         Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt  
Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0009  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV, KOUL (ff), OBR Fahrland
- 3.6         "StadtGrün naturnah"  
Vorlage: 18/SVV/0020  
Fraktion DIE LINKE
- 3.7         Marktplatz im Kirchsteigfeld  
Vorlage: 18/SVV/0053  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
FA, HA
- 3.8         Kein Einsatz von Glyphosat auf Flächen der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0054  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
GSI, KOUL (ff)
- 3.9         Verkehrsspiegel am Uferweg des Templiner Sees  
Vorlage: 18/SVV/0059  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.10        Kinderschutz durch Tempo 30  
Vorlage: 18/SVV/0062  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
B/Sp., KOUL (ff)
- 3.11        Vorrangschaltung für Rettungsdienste  
Vorlage: 18/SVV/0080  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)
- 4            Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1        Information zur Feuerwehrstatistik 2017  
Fachbereich Feuerwehr

**Niederschrift:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 4 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 18.1.2018 gibt es keine Einwendungen; sie wird mit 3:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung bittet der Ortsvorsteher von Groß Glienicke, Herr Sträter, den TOP 3.4 „Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof“ bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Am 27.2. gibt es in dieser Angelegenheit beim Ortsbeirat eine Anhörung mit den Beteiligten (ViP und Fachverwaltung), dessen Ergebnis in die Beratungen in den Gremien einbezogen werden soll.

Unter „Sonstiges“ kündigt der Vorsitzende die Beantwortung einer Erkundigung der SPD-Fraktion zum Bauvorhaben am Griebnitzsee, Stadtgrenze Potsdam/Berlin, Stubenrauchstraße an.

Ein Antrag auf Rederecht liegt zum TOP 3.3 „Flächennutzungsplan-Änderung ‚Sportplatz Lerchensteig‘ (13/16)“ vor. Herr Dr. Uwe Plenzke möchte für die Anwohner am Schneiderweg sprechen.

Der Vorsitzende stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Sie wird einstimmig bestätigt.

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee",  
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher  
Universitätscampus Griebnitzsee" 19/17  
Vorlage: 18/SVV/0008**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)

Herr Rubelt informiert zunächst über einen den Fraktionen angebotenen Vor-Ort-Termin am 26.2.2018, bei dem sich zu der Thematik der Baumfällungen Einblick verschafft werden kann.

Zur Flächennutzungsplan-Änderung (FNP-Änderung) wird es zu der bisherigen Empfehlung einen Alternativvorschlag geben, den Frau Holtkamp im Folgenden vorstellen wird.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie ausführlich. Der von Herrn Rubelt eingangs angekündigte Alternativvorschlag zur FNP-Änderung erfolgt heute mündlich; zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 27.2.2018 wird ein entsprechendes Austauschblatt vorliegen.

Frau Holtkamp führt zum Planungsanlass, zur Abwägungsstrategie und zu den Zielen der FNP-Änderung aus. Der angekündigte Alternativvorschlag sehe hier angepasste Planungsziele mit einem deutlich höheren Grünanteil vor.

Anhand einer Übersicht stellt sie die Eigentumsverhältnisse dar und zeigt die angrenzenden Bebauungspläne.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage heute in 1. Lesung zu behandeln. Die Mitglieder nehmen diesen Vorschlag an.

Herr Jäkel appelliert an mehr Gewissenhaftigkeit im Hinblick auf Umweltbelange. Grundsätzlich steht er dem Anliegen einer Erweiterung der Universität positiv gegenüber, jedoch müsse dabei deutlich mehr Bewusstsein für die Umwelt herrschen. Daher sollten hier alternative Flächen für die geplante Erweiterung des Universitätscampus geprüft werden. Aktuell solle keine FNP-Änderung vorgenommen werden.

Er stellt daher den Änderungsantrag, den zweiten Teilsatz des Punktes eins der Vorlage zu streichen:

„1. Der Bebauungsplan Nr. 160 „Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee“ ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2),—~~der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 3).~~“

(Herr Jäkel gibt von ihm vor Ort aufgenommene Fotos, auf denen vorgenommen Abholzungsmaßnahmen zu sehen sind, herum)

Herr Walter erkundigt sich nach der Möglichkeit des Bestandsschutzes für

Grünflächen bzw. bestimmte Bäume.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) teilt mit, dass ein Bestandsschutz einzelner Bäume zu prüfen sei. Dies sei Gegenstand des weiteren Verfahrens.

Herr Rubelt verdeutlicht, dass man sich aktuell in der Konzeptphase befinde. Der Planungsrahmen sollte offen gehalten und nicht verengt werden. Die Vorlage sollte wie vorgelegt beschlossen werden und spricht sich gegen den Änderungsantrag von Herrn Jäkel aus.

Herr Henning weist auf bestehende, in den letzten Jahren entstandene Wegebeziehungen hin, die zu beachten seien, ebenso wie der Gegenstand des Denkmalschutzes, beispielsweise des DRK (Deutsches Rotes Kreuz) - Gebäudes.

Herr Linke ergänzt bezüglich der vor Ort vorgenommenen Fällungen, die als Beseitigung von Sturmschäden benannt sind, dass es keine Dokumentation der Sturmschäden vor den Abholzungsmaßnahmen gebe. Im Nachhinein sei daher nicht nachvollziehbar, inwieweit die vorgenommenen Maßnahmen sich tatsächlich auf die Behebung von durch Sturm verursachte Schäden beziehen.

Herr von Osten-Sacken appelliert, den Vor-Ort-Termin am kommenden Montag abzuwarten und die hiesige Diskussion möglichst sachlich zu führen.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung. Die DS 18/SVV/0008 wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung in 2. Lesung aufgerufen.

### **zu 3.2 Haushaltssatzung 2018/ 2019**

(Wiedervorlage/ 2. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung zu den Drucksachen 17/SVV/0951, 17/SVV/0952 und 17/SVV/0953. Dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung liegen keine ihn betreffenden Änderungsanträge zu den drei Vorlagen vor.

### **zu 3.2.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019**

**Vorlage: 17/SVV/0951**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

(2. Lesung)

Herr von Osten-Sacken merkt an, dass es keine den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) betreffenden Änderungsanträge gibt und schlägt vor, die Vorlage hier zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Heuer verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Finanzen vom 21.2.2018 inklusive der darin enthaltenen zahlreichen Änderungsanträge. Dieses Votum sollte der KOUL-Ausschuss übernehmen.

Herr Jäkel bittet um Benennung eventuell für den KOUL-Ausschuss relevanter Änderungsanträge, danach könne die Vorlage zur Kenntnis genommen werden.

Die Mitglieder tauschen sich zu den im Ausschuss für Finanzen behandelten Änderungsanträgen aus.

Der Vorsitzende schlägt für die Drucksachen 17/SVV/0951, 17/SVV/0952 und 17/SVV/0953 vor, die entsprechenden Voten aus dem Ausschuss für Finanzen im hiesigen Ausschuss zur Kenntnis zu nehmen.

Die Mitglieder erklären sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt das Votum aus dem Ausschuss für Finanzen vom 21.2.2018 zu den Drucksachen 17/SVV/0951, 17/SVV/0952 und 17/SVV/0953 zur Kenntnis.

### **zu 3.2.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018**

#### **Vorlage: 17/SVV/0952**

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service

(2. Lesung)

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt das Votum aus dem Ausschuss für Finanzen vom 21.2.2018 zu der Drucksache 17/SVV/0952 zur Kenntnis. (sh. Ausführungen zu TOP 3.2.1)

### **zu 3.2.3 Zukunftsprogramm 2022**

#### **Vorlage: 17/SVV/0953**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

(2. Lesung)

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

nimmt das Votum aus dem Ausschuss für Finanzen vom 21.2.2018 zu der Drucksache 17/SVV/0953 zur Kenntnis. (sh. Ausführungen zu TOP 3.2.1)

### **zu 3.3 Flächennutzungsplan-Änderung "Sportplatz Lerchensteig" (13/16), Abwägung und Feststellungsbeschluss**

#### **Vorlage: 17/SVV/0973**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff), B/Sp.

Herr Dr. Plenzke nimmt sein Rederecht wahr. Er stellt die Einschätzung der sieben Anwohnerfamilien am Schneiderweg zur Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) und der Planung eines wettkampftauglichen Großfeldfußballplatzes mit Flutlichtanlage und Vereinshaus am Lerchensteig / Schneiderweg dar. Die Anwohner lehnen aus verschiedenen Gründen den Großfeldfußballplatz an diesem Standort ab und unterstützen die Stellungnahme vom Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände, die die vorliegende Planänderung nicht befürworten. Auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) hat Bedenken hinsichtlich der Höhendominanz der Flutlichtanlage. Zudem sei der Standort Lerchensteig sehr weit außerhalb gelegen und für Kinder und Jugendliche schwer zu erreichen. Es gibt keinen Fuß- und Radweg sowie keine Straßenbeleuchtung. Die Lennésche Feldflur sei bei Dunkelheit auch nicht beleuchtet. Der Schallschutz werde an diesem Standort schwer einzuhalten sein und auch die Problematik der Lichtimmission sei nicht zu unterschätzen. Wenn es zur FNP-Änderung kommt, kann es für das Bauvorhaben nur den zuletzt von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) genannten Standort geben. Dieser wäre um ca. 200 m verschoben. Mit dieser Variante könnten die Anwohner sich arrangieren. Hierfür müssten ein alter Flachbau abgerissen und einige alte Eichen fallen. Die Abwägung bestehe also zwischen der Fällung sechs großer Eichen oder ca. 100 Ulmen. Wenn das von den Anwohnern weiter weg liegende Bau Feld nicht gewählt wird, werde in Bezug auf die Problematik des Schallschutzes ein Klageverfahren erwogen.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie ausführlich. Er gibt einen Überblick über das Verfahren, die Erforderlichkeit der Flächennutzungsplan (FNP)-Änderung, die in Vorbereitung auf die Baugenehmigung erstellten Gutachten (u. a. zum Denkmalschutz, verkehrstechnischen Belangen, der Schall- und Lichtimmission sowie dem Artenschutz) sowie über die Auswertung der förmlichen Beteiligung. Auf die veränderte Variante der Nord-Süd-Ausrichtung des Sportplatzes, die von den Anwohnern favorisiert wird, geht er näher ein. Dieses Angebot der AWO wird derzeit durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS), die AWO und den Bereich Umwelt und Natur geprüft. Die Artenschutzgutachten für den neuen Standort sind beauftragt. Für den FNP selbst ist es erst einmal unerheblich, für welche Variante man sich letztlich entscheidet.



Herr Jäkel hält fest, sofern die Abwägung der Umweltbelange bei dem Alternativvorschlag der AWO nicht gravierend negativ ausfalle, wird vom Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung die von der AWO und den Anwohnern bevorzugte Variante präferiert.

Gegen diese Haltung spricht sich niemand.

Herr Lack informiert, dass sich aus der neuen Variante ein weiterer Vorteil für die AWO ergebe, deren Betrieb bei der vorgeschlagenen Anpassung weniger gestört werde.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung „Sportplatz Lerchensteig“ (13/16) entschieden (siehe Anlagen 2A und 2B).
2. Die Flächennutzungsplan-Änderung „Sportplatz Lerchensteig“ (13/16) wird beschlossen, die dazugehörige Begründung einschließlich des Umweltberichts wird gebilligt (siehe Anlage 3).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.4 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof**

**Vorlage: 17/SVV/0979**

Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke

SBV, FA, HA

Der Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung verlagt.

(sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

**zu 3.5 Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 18/SVV/0009**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV, KOUL (ff), OBR Fahrland

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) in dieser Angelegenheit federführend ist und die Vorlage vor einer abschließenden Befindung noch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie im Ortbeirat Fahrland zu behandeln ist. Die Behandlung der Drucksache erfolgt daher heute in 1. Lesung.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein und stellt das Standortkonzept vor. Er geht auf die Ausgangssituation ein und sieht die Ladeinfrastruktur auch als Werbefaktor, um die E-Mobilität voranzutreiben. Eine gleichmäßige Verteilung von Ladesäulen werde angestrebt. So wurden zur Standortermittlung das bestehende Innenstadtverkehrskonzept und Park & Ride-Anlagen herangezogen. Standortkriterien sind ein öffentlicher Zugang, ein vorhandener Netzanschluss für Ladesäulen sowie die räumliche Nähe zu Verkehrsknotenpunkten. Ein Bedarfsgerechter Ausbau sei ebenfalls Grundlage der Betrachtung. So sollen u. a. bestehende Standorte bei Bedarf erweiterbar sein. Zudem sei die Förderung von E-Carsharing in das Konzept eingebunden. Herr Niehoff betont, dass erst der Beschluss des Konzeptes die Handlungsfähigkeit der Verwaltung ermöglicht. Da die Umsetzung des Konzeptes durch Dritte und nicht durch die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) selbst erfolgen könne, müsse die LHP zur Anordnung der Umsetzung berechtigt werden.

Herr Heuer erkundigt sich, warum in das Konzept ausschließlich öffentliche Ladestationen und keine nichtöffentlichen aufgenommen wurden. Er kündigt einen Ergänzungsantrag seiner Fraktion zur 2. Lesung im KOUL-Ausschuss an.

Herr Niehoff stellt klar, dass sich das Konzept auf den öffentlichen Raum bezieht und die LHP auf privaten Flächen keinen hinreichenden Einfluss hat. Hier könnten lediglich Gespräche mit dem Eigentümer geführt und Ersuchen an diesen gerichtet werden. Und dies findet bereits parallel statt.

Herr Dr. Zöller erkundigt sich nach den beabsichtigten Verfahren der Anmeldung an die Ladesäulen, die mitunter von Säule zu Säule sehr unterschiedlich seien.

Herr Niehoff gibt an, dass für die LHP ein barrierefreier Zugang zu den Ladesäulen, ein System ohne Anmeldung, angedacht sei. Auf weitere Nachfragen der Mitglieder, u. a. zur Frage nach Schnellladesäulen, geht Herr Niehoff ein.

Herr Wartenberg regt eine regelmäßige Fortschreibung des Konzeptes an und bittet in Vorbereitung auf die 2. Lesung um eine Übersicht über die bestehenden Ladestationen im Stadtgebiet der LHP (auf öffentlichen und nicht öffentlichen Flächen [Supermarktparkplätze o. ä.]). Außerdem solle die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) bezüglich der Auslastung durch Ladesäulen Stellung nehmen.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung. Die Drucksache 18/SVV/0009 wird in 2. Lesung in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung erneut aufgerufen.

**zu 3.6 "StadtGrün naturnah"**  
**Vorlage: 18/SVV/0020**  
Fraktion DIE LINKE  
Herr Lack bringt den Antrag ein.

Herr Claes (Bereich Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung. Ein entsprechendes Motivationsschreiben liegt versandfertig vor, sodass die Bewerbung zum Labeling-Verfahren unter Einhaltung des Anmeldeschlusses bis zum 31.3.2018 eingereicht werden kann.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam an dem kostenlosen Labeling-Programm für Kommunen „StadtGrün naturnah“ 2018 beteiligt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 3.7 Marktplatz im Kirchsteigfeld**  
**Vorlage: 18/SVV/0053**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
FA, HA  
Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er bittet um Zustimmung.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) nimmt zu den drei Forderungen des Antrags Stellung. Die Forderung der kostenlosen Nutzung für öffentliche und angemeldete Veranstaltungen, des als Parkplatz gewidmeten Marktplatzes, sei zum Teil erfüllt. Für solche Veranstaltung werde lediglich eine Gebühr nach Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt) erhoben, bei der es sich um eine Bundesgebühr handelt, auf die von der Landeshauptstadt

Potsdam (LHP) kein Einfluss genommen werden kann. Die zweite Forderung, die Gebührenerhebung für kommerzielle Veranstaltungen, werde bereits erfüllt. Und die dritte Forderung, nach einem Parkverbot auf dem Platz bei Veranstaltungen, wird ebenfalls bereits umgesetzt, nämlich durch den Veranstalter selbst, der bei entsprechender Nutzung den Platz in Absprache mit der Straßenverkehrsbehörde eigenverantwortlich freisperrt.

Bis auf die eine zu erhebende (GebOSt)Gebühr von einmalig 25,00 € pro Veranstaltung seien alle Forderung erfüllt.

Herr Walter wird sich zum Umgang mit dem Antrag noch einmal mit seiner Fraktion beraten und bittet ihn bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Der Antrag 18/SVV/0053 wird zurückgestellt und in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung erneut aufgerufen.

### **zu 3.8 Kein Einsatz von Glyphosat auf Flächen der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 18/SVV/0054**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI, KOUL (ff)

Der Antrag wird mit Verweis auf die Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung am 31.1.2018 eingebracht.

Herr Claes (Bereich Grünflächen) nimmt Stellung zum Antrag und führt aus, dass die enthaltenen Forderungen durch die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) bereits erfüllt werden. Die LHP halte sich an die geltende Beschlusslage zur Selbstverpflichtung zum Anwendungsverbot von Pestiziden auf öffentlichen Grün- und Verkehrsflächen. Spezielle Insektizideinsätze würden nur im Extremfall und mit ausdrücklicher Einzelfallerlaubnis vorgenommen.

Herr Wartenberg erinnert zunächst an den Beschluss zu der Vorlage, „Einsatz von ‚Roundup‘ auf städtischen Grundstücken“ (DS 07/SVV/0932) aus dem Jahr 2007, der die geltende Beschlusslage aufweicht.

Bezugnehmend auf den Punkt drei des Antrags erbittet er von der Verwaltung eine Übersicht über die von der Stadt derzeit verpachteten Flächen (wie viele, wie viel Fläche insgesamt und Lage) in Vorbereitung auf die 2. Lesung.

Zudem solle sich die Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH (ViP) zur Glyphosatnutzung bei Flächen in ihrem Verantwortungsbereich (z. B. Schienennetz der Tram) äußern.

Herr Wartenberg beantragt die Zurückstellung des Antrags auf die kommende Sitzung.

Die Forderung nach einer Übersicht über derzeit von der Stadt verpachteter Flächen wird von verschiedenen Mitgliedern geteilt.

Einer 2. Lesung in der kommenden Sitzung wird zugestimmt.

Herr Walter widerspricht den Ausführungen von Herrn Claes und weist darauf hin, dass Glyphosat noch immer in erheblichem Umfang eingesetzt werde. Eigens durchgeführte Tests weisen das Mittel im Körper getesteter Personen nach. Er bittet um Zustimmung zum Antrag, ist aber auch mit einer Zurückstellung und einer 2. Lesung einverstanden.

Herr Heuer plädiert bezugnehmend auf den Punkt drei der Forderung dafür, auch die Gegenposition einzuholen, namentlich konventionelle Bauern, die Glyphosat verwenden, vertreten durch den Bauernverband, einzuladen. Außerdem sollte der Antrag in diesem Punkt um die Kleingärten ergänzt werden.

Herr Linke unterstützt den Antrag. Er hält es nicht für sinnvoll, Bauern einzuladen, die Glyphosat verwenden. Denn dann müssten auch Biobauer/ negativ betroffene Erzeuger eingeladen werden.

Herr Rietz erkundigt sich, welche Alternativen es zur Verwendung von Glyphosat gibt, inklusive deren Umweltverträglichkeit, Kosten und wer trägt diese Kosten trägt. Er bittet um Beantwortung in Vorbereitung auf die 2. Lesung.

Herr Lack unterstützt das Anliegen des Antrags und verweist auf das Insekten- und insbesondere Bienensterben durch das Herbizid.

Herr Rubelt bekräftigt die Ausführungen der Verwaltung. Die Stellungnahme der ViP, in welchem Rahmen sie das Mittel einsetzt und welche Flächen tatsächlich mit Glyphosat behandelt werden, soll eingeholt werden.

Herr Walter bekräftigt, dass auf keinen Flächen der LHP Glyphosat eingesetzt werden soll.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung und bittet die Verwaltung in Vorbereitung auf die kommende Sitzung die erbetenen Zuarbeiten einzuholen und den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

- Bezugnehmend auf Punkt drei des Antrags: Übersicht über die von der Stadt derzeit verpachteten landwirtschaftlich genutzten Flächen – wie viele, wie viel Fläche insgesamt und deren Lage
- Alternativen zur Verwendung von Glyphosat, inklusive deren Umweltverträglichkeit, Kosten und von wem diese Kosten zu tragen sind
- Stellungnahme der Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH (ViP) zur Anwendung von Glyphosat auf Flächen in ihrem Verantwortungsbereich (z. B. Schienennetz der Tram)

Die Drucksache 18/SVV/0054 wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung in 2. Lesung

aufgerufen.

**zu 3.9 Verkehrsspiegel am Uferweg des Templiner Sees**

**Vorlage: 18/SVV/0059**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) führt aus, dass für die Errichtung eines Verkehrsspiegels ein Prüf- und Anhörungsverfahren unter Beteiligung der Straßenverkehrsbehörde zwingend erforderlich sei. Er empfiehlt die Änderung des Antrags in einen Prüfauftrag. Das Ergebnis kann in sechs Wochen vorliegen.

Herr Walter übernimmt den Vorschlag der Verwaltung zur Änderung des Antrags in einen Prüfauftrag mit der Festlegung, über das Ergebnis in sechs Wochen zu berichten.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, ob** am Uferweg am Templiner See an der Stelle, an der der Uferweg aus Richtung Innenstadt kommend, bei dem Segelverein Potsdamer Adler nach links abbiegt, einen Verkehrsspiegel anzubringen **angebracht werden kann**.

**Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung in sechs Wochen vorzulegen (StVV April).**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.10 Kinderschutz durch Tempo 30**

**Vorlage: 18/SVV/0062**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

B/Sp., KOUL (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) führt aus, dass die Verwaltung dem Prüfauftrag folgen kann. Über das Prüfergebnis wird die Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich im Mai 2018 informiert.

Herr Jäkel spricht sich gegen den im Antrag festgelegten Zeitenraum von 7:00 bis 18:00 Uhr aus. Dieser sollte je Einrichtung differenziert betrachtet werden. Inklusive Formulierungsanpassungen des Antragstextes bringt er folgenden Änderungsantrag ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob in Potsdam vor allen Schulen, Kitas und Horteinrichtungen eine **Geschwindigkeitsbeschränkung** Tempo auf 30 km/h-Schild eingerichtet **festgesetzt und ob bedarfsentsprechende Zeiten ausgewiesen worden sind**.~~worden ist. Der Zeitraum, wann ein geringeres Tempo zum Schutz der Kinder nötig ist, soll einheitlich 7.00 bis 18.00 Uhr betragen.“~~

Herr Walter übernimmt für den Antragsteller die vorgeschlagenen Änderungen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob in Potsdam vor allen Schulen, Kitas und Horteinrichtungen eine **Geschwindigkeitsbeschränkung** Tempo auf 30 km/h-Schild eingerichtet **festgesetzt und ob bedarfsentsprechende Zeiten ausgewiesen worden sind**.~~worden ist. Der Zeitraum, wann ein geringeres Tempo zum Schutz der Kinder nötig ist, soll einheitlich 7.00 bis 18.00 Uhr betragen.~~

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

### zu 3.11 **Vorrangschaltung für Rettungsdienste**

#### **Vorlage: 18/SVV/0080**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert sie. Zu prüfen war, wie in Potsdam eine Vorrangschaltung der Lichtsignalanlagen (LSA) zugunsten von Einsatzfahrzeugen der Rettungsdienste (Feuerwehr und Krankenwagen) realisiert werden kann.

Bei Bereitstellung der finanziellen Mittel sollte in einem ersten Schritt ein Pilotversuch durchgeführt werden, um die Auswirkungen real abschätzen zu

können. Die Vorbereitung eines Pilotversuches würde ca. 6 Monate in Anspruch nehmen. Der Pilotversuch soll dann über 3 Monate an einer mit der Feuerwehr abzustimmenden Kreuzung mit einer begrenzten Anzahl von Rettungsfahrzeugen erfolgen. Nach einem erfolgreichen Pilotversuch wäre in einer ersten Stufe die Ausrüstung des Rettungsdienstes der Feuerwehr Potsdam vorgesehen. Aufgrund der noch zu prüfenden Anzahl der anzupassenden LSA, kann eine Aussage zu den zu erwartenden Kosten derzeit nicht getroffen werden. Der Umfang der Vorrangschaltung sollte vor dem Hintergrund des Pilotversuches weiter konkretisiert werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Heuer zu vergleichbar ausgestatteten Städten geht Herr Becker ein.

Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr) bekräftigt die Aussagen der Verwaltung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0080 zur Kenntnis.

#### **zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1        Information zur Feuerwehrstatistik 2017**

Fachbereich Feuerwehr

Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr) stellt zunächst den neuen Leiter des Fachbereichs Feuerwehr, Herrn Jörg Huppatz, vor.

Im Folgenden informiert Herr Hülsebeck über die Aktivitäten der Feuerwehr im vergangenen Jahr anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beiliegt.

Herr Lack erkundigt sich, ob der Trend zu Übergriffen auf Rettungskräfte auch bei der Potsdamer Feuerwehr ein Problem sei.

Herr Hülsebeck gibt an, dass dieses Problem mehr in Berlin zu verzeichnen sei. Für solche Fälle seien die Kollegen aber auch hier entsprechend geschult.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich ausdrücklich für die überragende Arbeit der Feuerwehr und im Besonderen Herrn Hülsebeck für seine sehr gute Arbeit und wünschen ihm für seinen Ruhestand alles Gute.



## zu 5      **Sonstiges**

### Information zu naturschutzrechtlichen Belangen zum Bauvorhaben am Griebnitzsee, Stadtgrenze Potsdam/Berlin, Stubenrauchstraße 34

Die SPD-Fraktion erkundigte sich im Vorfeld der Sitzung zu einem Berliner Bauvorhaben am Griebnitzsee, Stadtgrenze Potsdam/Berlin in der Stubenrauchstraße 34 und bat um kurze Information zur Sicht der Unteren Naturschutzbehörde Potsdam (UNB) zu eventuellen naturschutzrechtlichen Belangen.

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) geht auf die Nachfrage ein und teilt mit, dass die UNB hier nicht weiter betroffen sei und die naturschutzrechtlichen Belange auf Berliner Seite durch das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf wahrgenommen werden. Zu einem tangierten Baum wurden entsprechende Hinweise an die Berliner Kollegen gegeben.

### Verkehrslärmuntersuchung im Ortsteil Uetz-Paaren

Herr Becker bezieht sich auf die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0157 „Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf BAB-Abschnitten und der Nuthestraße“, in der die Information erging, dass zur Einleitung von straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen zum Schutz der Wohn-/Bevölkerung von den Betroffenen ein Antrag bei dem Landesbetrieb Straßenwesen – Sachgebiet Verkehrsbehörde BAB zu stellen sei. Seinerzeit wurden entsprechenden Anträge betroffener Ansässiger aus dem Ortsteil Uetz-Paaren gestellt und der Verwaltung mit der Bitte, das Verfahren beim Landesbetrieb zu begleiten, übergeben. Zwischenzeitlich liegt die Antwort des Landesbetriebs vor, die Herr Becker ebenfalls der Verwaltung aushändigt, verbunden mit der Bitte, sich das Ergebnis anzuschauen.

### Einladung des Leiters der Oberförsterei Potsdam in den KOUL-Ausschuss

Herr Rietz bittet zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung den Leiter der Oberförsterei Potsdam, Herrn Holger Hendtke, einzuladen, um einen Einblick in das aktuelle Geschehen zu geben.

Die Bitte wird von den Mitgliedern positiv aufgenommen.

Die Verwaltung wird eine entsprechende Einladung veranlassen, voraussichtlich zur Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung im April.

